Informationen zur Datenverarbeitung für Beschäftigte

Hiermit informieren wir Sie über die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem einheitlichen Dokumentationstool für die beratende Arbeit.

1. **Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle**

   Freie und Hansestadt Hamburg
   Hamburger Institut für Berufliche Bildung
   Hamburger Straße 131
   22083 Hamburg
   Geschäftsführerin: Sandra Garbade, Olaf Albrecht

   E-Mail-Adresse: edba@hibb.hamburg.de

   Ansprechpartner beim HIBB:
   Referatsleitung Leitstelle IT

2. **Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten**

   Die Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

   Behördliche Datenschutzbeauftragte der Behörde für Schule und Berufsausbildung
   Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

   E-Mail: datenschutz@bsfb.hamburg.de

3. **Kategorien von verarbeiteten Daten**

   Wir verarbeiten die folgenden Kategorien personenbezogener Daten:

   - Konto- bzw. Profilinformationen (Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse, Leitzeichen, Anmeldeinformationen)
   - Inhaltsdaten aus Dokumenten und Kommunikationsvorgängen (bspw. im Zusammenhang mit den Fallakten (insbesondere Dokumentationen zum Beratungsgespräch), angeforderte Freigaben,)
   - Nutzungs- und Protokolldaten (bspw. Anmeldeinformationen, Angaben zu erstellten Informationen (Autor, Einstellungsdatum, Autor der letzten Änderung, technische Logdaten)
   - Berechtigungs- und Sicherheitsdaten (Zuordnung zu Berechtigung und Rollen, Fallakten)
     Verlaufs- und Historieninformationen (Chronologie der Fallbearbeitung, Bearbeitungsstände, Wiedervorlagen))

4. **Zweck der Datenverarbeitung**

   Das einheitliche Dokumentationstool für die beratende Arbeit (im Folgenden: eDbA) ist eine Software as a Service Anwendung für die in der beratenden Arbeit tätigen Mitarbeiter:innen. Diese Mitarbeiter:innen unterstützen mit schulsozialpädagogischen und/oder psychologischen Beratungsangeboten Schüler:innen sowie (Beratungs-)Lehrer:innen, Ausbilder:innen, Eltern und betreuende Personen, bei Herausforderungen im schulischen oder privaten Bereich sowie in der Ausbildung. eDbA steht den Mitarbeiter:innen in der beratenden Arbeit als digitale Anwendung für die Organisation und Dokumentation

dieser Tätigkeiten für die Erfüllung der Dokumentationspflichten (vgl. §§ 11, 13 SGB VIII, § 19b AG HH SGB VIII) zur Verfügung.

5. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 88 DSGVO iVm § 10 Abs. 1-3 HmbDSG, § 85 HmbBG.

6. Empfängerinnen und Empfänger der Daten

eDba wird in der dSecurecloud bei der Dataport AöR gehostet und technisch betreut. Dataport ist Auftragsverarbeiter im Sinne von Art. 28 DS-GVO. Dataport verarbeitet Ihre Daten daher ausschließlich nach Weisung des HIBB und auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrags.

Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an Dritte weitergegeben werden, soweit dies für die Bearbeitung des Beratungsfalles erforderlich ist (bspw. im Rahmen des Austauschs mit Ärzten, Jugendämtern, Gerichten). Dabei werden nur die aus der Fallakte für die Übermittlung an Dritte freigegebenen Informationen weitergegeben und grundsätzlich auch nur, soweit die zu beratende Person der Übermittlung zugestimmt hat und die Zulässigkeit der Freigabe zuvor von der zuständigen Sachbearbeiter:in und der ihr/ihm vorgesetzten Person freigegeben wurde (Freigabe nach dem Vier-Augen-Prinzip). In diesem Fall werden neben personenbezogenen Daten der zu beratenden Person ggf. auch personenbezogenen Daten von Ihnen übermittelt, soweit sich dies aus den übermittelten Akteneinträgen ergibt (bspw. Name und im Zusammenhang mit Inhaltsdaten aus dem Beratungsgespräch).

Darüber hinaus ist eine Weitergabe der personenbezogenen Daten in bestimmten Ausnahmefällen auch ohne Einwilligung der beratenen Person denkbar, wenn eine Weitergabe der personenbezogenen Daten gesetzlich vorgeschrieben sind (so insbesondere aber nicht abschließend im Falle eines rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB), im Falle einer Kindeswohlgefährdung (§ 4 KKG) oder bei geplanten schweren Straftaten (§ 138 StGB).

Die Verarbeitung und Weitergabe von Daten in den vorgenannten Ausnahmefällen erfolgen ausschließlich in begründeten Fällen und auch nur im gesetzlich zulässigen Umfang.

7. Übermittlung in Drittstaaten

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Empfänger in Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaaten) oder an internationale Organisationen findet nicht statt.

8. Dauer der Datenspeicherung und Löschfristen

Ihre personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich ist und wir nicht aus anderen Gründen weiter zur Verarbeitung berechtigt sind (bspw. zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, zur Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder zur Ausübung öffentlicher Gewalt).

Beendet ein(e) Mitarbeitende(r) seine Tätigkeit in der beratenden Arbeit werden Accountdaten ggf. nur teilweise entfernt, soweit die Daten zur Nachvollziehbarkeit der Fallbearbeitung noch benötigt werden. Eine vollständige Löschung der Kontodaten erfolgt erst, wenn alle Ihnen zugeordneten Fallakten abgeschlossen sind und die gesetzliche Aufbewahrungsfrist dieser Akten abgelaufen ist. Dies ist 3 Jahre nach Abschluss des letzten Ihnen zugeordneten Beratungsfalls der Fall (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 SchulDSV). Die Aufbewahrung Ihrer Kontodaten über den Zeitpunkt des Endes Ihrer Tätigkeit hinaus ist erforderlich, um die

Nachvollziehbarkeit der Fallbearbeitung bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist zu gewährleisten. Dies gilt auch, soweit Ihre personenbezogenen Daten – etwa als dokumentierende Person, im Rahmen von Freigabevorgängen oder in sonstigen Kommunikationsvorgängen – Bestandteil einer Fallakte sind (Inhaltsdaten aus Dokumenten und Kommunikationsvorgängen sowie personenbezogene Daten aus Verlaufs- und Historieninformationen). Auch diese Daten 3 Jahre nach Abschluss des jeweiligen Beratungsfalls gelöscht (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 SchulDSV).

Soweit Metadaten (z. B. Angaben zu Autor:in, Einstellungsdatum oder Zeitpunkt der letzten Änderung) unmittelbar Bestandteil einer Fallakte sind, werden diese zusammen mit der Fallakte 3 Jahre nach Abschluss des jeweiligen Beratungsfalls gelöscht (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 SchulDSV).

Ihre aktiven Rollenzuweisungen und Zugriffsberechtigungen werden für die Dauer Ihrer Tätigkeit in der beratenden Arbeit verarbeitet und nach deren Ende deaktiviert. Protokollierungen von Freigabevorgängen, die als Teil einer Fallakte revisionssicher gespeichert sind, werden 3 Jahre nach Abschluss des jeweiligen Beratungsfalls gelöscht (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 SchulDSV). Reine Zugriffs- und Systemprotokolle (Logdaten) werden nach 90 Tagen gelöscht.

Technische Protokolldaten und Logfiles werden nach 90 Tagen automatisch gelöscht.

Die hier genannten Löschfristen gelten nicht, soweit wir aus anderen Gründen weiterhin zur Verarbeitung der Daten berechtigt sind. Dies kann etwa der Fall sein, wenn die Informationen gem. Art. 17 Abs. 3 DSGVO (bspw. wenn die weitere Verarbeitung zur Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erforderlich ist oder die weitere Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist) oder wenn durch die Löschung gem. § 17 HmbDSG schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt werden. In letzterem Fall erfolgt eine Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO sowie eine gesonderte Benachrichtigung der betroffenen Person.

9. Ihre Rechte als betroffene Person

Als betroffene Person stehen Ihnen die folgenden datenschutzrechtlichen Rechte zu:

Sie haben das Recht, Auskunft bezüglich der von Ihnen bei uns verarbeiteten Daten zu verlangen.

Sie können jederzeit der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen, soweit die Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO vorliegen, und eine etwaige daneben erteilte Einwilligung zur Verarbeitung der Daten jederzeit widerrufen. Wenn die Einwilligungen zur Datenverarbeitung widerrufen bzw. der Verwendung der Daten widersprochen wird, berührt dies die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bzw. des Widerspruchs nicht.

Weiter können Sie jederzeit die von uns verarbeiteten Daten berichtigen, beschränken oder löschen lassen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es gesetzliche Verpflichtungen – wie Aufbewahrungspflichten - geben kann, Daten weiter zu speichern. In diesem Fall können die Daten nur beschränkt werden. Dies meint, dass die Daten ausschließlich zu dem Zweck des Nachkommens der gesetzlichen Pflichten verarbeitet und sonst nicht genutzt werden.

Darüber hinaus steht Ihnen daneben auch das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO sowie das Recht zur Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 77 DSGVO zu.